

Pulsnitzer Tageblatt

Presse-Druck 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— **Ercheint an jedem Werktag** —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besitzer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Sp: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Sp, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp; amtlich 1 mm
30 Sp und 24 Sp; Reklame 25 Sp. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
relativ der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niedersteina, Friedersdorf, Thelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 17

Montag, den 21. Januar 1929

81. Jahrgang

Vertilge und sächsische Angelegenheiten

(Arbeitsämter und Presse.) Wie aus
Dresden gemeldet wird, hat der Geschäftsführende Ausschuss
des Landesarbeitsamtes anlässlich einer Beschwerde folgende
Entscheidung getroffen: Die politische Haltung einer Zeitung
darf für die Frage, ob ihr Inserate der Arbeitsämter auf-
zugeben seien, keine Rolle spielen. Die Herabsetzung der
haushaltplanmäßig verfügbaren Mittel kann für sich allein
keinen ausreichenden Grund dafür geben, eine bestimmte Zei-
tung von der Aufgabe von Inseraten auszuschließen. Die
verfügbaren Mittel sind jeweilig so zu verwenden, daß mit
den Inseraten der größtmögliche Erfolg erreicht wird. Das
Arbeitsamt hat lediglich die Frage unparteiisch zu prüfen, in
welchem Umfange die betreffende Zeitung bei Beobachtung
der vorstehenden Grundzüge mit Inseraten zu bedenken ist.

(Der Fahrplan unserer heimkehrenden
Zugvögel.) Nach langjährigen Beobachtungen sind fol-
gende Daten im Durchschnitt als die normale Zeit des Ein-
treffens zu betrachten: Die Lerche kommt am 11. Februar
zu uns, der Star trifft am 14. Februar ein, die Bachstelze
am 4. März, die wilde Taube am 19. März, das Rotschwänz-
chen am 26. März, die Schwalbe am 14. April, der Ruckel
am 26. April, der Pirol am 7. Mai.

(Verkürzung der Redezeit im Landtag?)
Wie die sächsische-Böhmische Korrespondenz erfährt, beabsich-
tigt der Aeltesten-Ausschuss des Landtags, die Frage einer
Verkürzung der Redezeit in seiner nächsten Sitzung zu prüfen.
Den Anlaß dazu hat die Spaltung der kommunistischen
Landtagsfraktion gegeben, deren Folge Dauerreden beider
Parteien gegeneinander sind. Dadurch wird die Arbeit des
Landtags außerordentlich aufgehalten. Ergenden positives
Ergebnis ist bei diesen Agitationsreden nicht zu erwarten.
Es bleibt abzuwarten, zu welchem Beschluß der Aeltesten-
ausschuss kommen wird.

(Was wird mit der sächsischen Schlacht-
steuer?) Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, ist
die sächsische Schlachtsteuer im neuen Staatshaushaltsplan
1929 mit derselben Summe wie im Vorjahre, nämlich mit
10 500 000 RM, eingestellt worden. Die vom Finanzmini-
ster ausgearbeitete Vorlage über den allmählichen Abbau der
Steuer liegt noch im Kabinett und dürfte erst erledigt wer-
den, wenn der Landtag über einen entsprechenden wirtschafts-
parteilichen Antrag auf Beseitigung der Steuer entschieden
haben wird.

(Arbeitsämter und Angestelltenver-
mittlung.) Um der ungünstigen Arbeitsmarktlage der
kaufmännischen Berufe entgegenzuwirken, wird gegenwärtig
in Sachsen dem Ausbau der Angestelltenversicherung größte
Beachtung geschenkt. Der Bezirk des Landesarbeitsamtes
Sachsen gliedert sich für die Angestelltenvermittlung in die
Angestelltenabteilungen: Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen,
Zittau und Zwickau. Die Tätigkeit dieser Abteilungen hat
sich von jetzt ab auf die eingegliederten Arbeitsämter ohne
Angestelltenabteilungen zu erstrecken.

(Eingestelltes Gerichtsverfahren.) Es
dürfte noch bekannt sein, daß bei der Staatsanwaltschaft zu
Bautzen ein Strafverfahren gegen Herrn Hauptmann a. D.
von Tschammer und Osten in Kleinbehsa bei Böbau anhängig
gemacht worden war. Die Staatsanwaltschaft hatte
dieses Verfahren zu einem kleinen Teile eingestellt, im übrigen
aber Anklage erhoben. Wie uns nunmehr die Pressestelle
des Landgerichts zu Bautzen mitteilt, hat das Amtsgericht
zu Bautzen die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt;
die von der Staatsanwaltschaft dagegen eingelegte Beschwerde
ist vom Landgericht zu Bautzen zurückgewiesen worden. Da-
mit ist dieses Verfahren endgültig zu Gunsten des Herrn
von Tschammer erledigt.

Dorn. (Die Altenvereinigung) für die Wald-
und Röderhäuser findet Freitag, den 25. Januar nachmittags
3 Uhr bei Frau Helene Schöne, Waldhäuser, statt.

Pugkau. (Ungetreue Beamte.) Größeren
Unregelmäßigkeiten ist man in der Geschäftsführung des
Spar-Kredit- und Bezugsvereins Pugkau auf die Spur ge-
kommen. Eine Nachprüfung ergab einen Fehlbetrag von
rund 12 000 Mark. Der Geschäftsführer, ein junger ver-
heirateter Beamter gestand zu, daß er sich gegen 7000 Mark
angeeignet habe, die verpfeffert worden seien, während er

Deutschlands katastrophale Wirtschafts- und Finanzlage

Parker Gilbert gegen ein Ansteigen der deutschen Löhne
Hugenberg über das Reparationsproblem — Der Wortlaut des Volksbegehrens des Stahlhelms
Zusammenbruch der Revolution in Guatemala

Die amerikanischen Wirtschaftskreise beachten nach
Melbungen aus New York nach wie vor stark
den Bericht des amerikanischen Handelsministeriums
über die europäische Wirtschaftslage, nach dem Deutsch-
lands Wirtschaftslage wenig befriedigend sei, während
Frankreichs Lage sich stark gebessert hätte. Zwar hätten be-
stimmte deutsche Industrien mit Hilfe von Exportaufträgen
ihre Produktion gebessert, aber zahlreichen anderen Industrien
sei es zum Jahresende wesentlich schlechter gegangen. Man
weist auf das Anwachsen der Arbeitslosen-
ziffer hin, die Deutschlands schlechter gewordene Wirt-
schaftslage beweise. Die amerikanischen Zeitungen beachten
gleichzeitig stark die Ausführungen des deutschen Reichs-
finanzministers, Dr. Hilferding, über die

schlechte Finanzlage des Deutschen Reiches, die nur durch
gewaltiges Anziehen der Steuerhahne deckbar

sei. Gilberts Bericht sei ein amerikanischer Versuchsballon
gewesen, die Sachverständigen für eine Emission der
Reparationsbonds zu fördern, um Frankreichs Geld-
gier zu befriedigen. Gilberts Bericht habe nur erwähnt,
daß Deutschland prompt bezahle, habe aber unterlassen,
darauf hinzuweisen, daß Deutschland lediglich dadurch
zahlen konnte, daß es Auslandsanleihen aufnahm.
Der amerikanische Journalist Brailsford, ein be-
deutender Wirtschaftspolitiker, gibt ein grauenvolles Bild
von der Zerstörung der deutschen Wirtschaft infolge des
Weltkrieges. Die Nationalisierung habe nicht den Wohlstand
Deutschlands, sondern nur seine Erzeugungsfähigkeit wieder-
hergestellt. Wenn die Franzosen nicht ganz gewaltig
ihre Ansprüche hinuntergerauben würden,
würde Deutschland wahrscheinlich zu einem ebenso un-
geunden Finanzsystem greifen müssen wie das zaristische
Rußland. In dem Gilbert-Bericht sei herzlich wenig vom
Locarno-Geist zu verspüren gewesen. England und Frank-
reich hätten sich vereint, um Deutschland jahrzehntelang
auszupressen, und

Frankreich unterstütze den alliierten Erpressungsversuch
durch die Bajonette seiner Armee am Rhein.

Bei einer weiteren Finanzierung der deutschen Industrie
durch Amerika würde sich zwischen Deutschland und Amerika
ein Verhältnis herausbilden, wie zwischen einem Staat und
seiner Kolonie. Alle politischen und sentimentalen Freunds-
chaftsbeteuerungen wären dann zwecklos. Das Auslands-
kapital, das den deutschen Besitz allmählich an sich reiße,
sei vorwiegend amerikanisches Kapital. So werde Amerika
später gezwungen sein, aus seiner Isolierung herauszutreten,
um ein politisches Mißgeschick von einem Lande abzuwenden,
das ihm so gut wie gehören werde. Die Rolle Deutsch-
lands sei die eines Produktionsathleten, der
exportieren und wieder exportieren müsse, ohne Früchte
aus dieser Fronarbeit zu erhalten. Die
ganzen Reparationslasten fielen auf die deutschen
Arbeiter und Angestellten, deren Lebensführung
ohnehin schon allerniedrig bemessen sei. Parker Gilbert
hätte wiederholt darauf gedrungen, daß ein Steigen
der Löhne in Deutschland verhindert werden müsse.

„Die erstklassige Hypothek auf alle deutschen Güter.“

Paris. Die halbamtliche französische Zeitung „Excelsior“
schreibt, es sei doch klar, daß die französische Regierung keiner
Lösung der Reparationsfrage zustimmen könnte, die nicht
zur Wirkung hätte, die auf Grund der Verträge in Händen
befindlichen Pfänder und durch den Dawesplan gebotenen
Sicherheiten durch entsprechende Sicherheiten und Pfänder
zu ersetzen. Die deutsche Schuld sei die Gegenleistung für die
tatsächlich von den Alliierten erlittenen Schäden. Für diese
Schuld sehe der Versailler Vertrag eine erstklassige
Hypothek auf alle deutschen Güter vor.

Hugenberg über das Reparationsproblem.

Dresden. Auf dem Landesparteitag der Deutschnatio-
nalen Volkspartei Ostsachsens in Dresden hielt der Par-
teivorstand Geh. Rat Hugenberg eine Rede über das
Reparationsproblem.

Nach einer Darstellung des Inhalts und der Entwicklung
des Dawesplanes sprach Geheimrat Hugenberg dann über
die Rückwirkung der Reparationspolitik
auf der ganzen Welt. Was den Friedensverträgen
und der Politik der letzten zehn Jahre zugrunde liege, sei der

unwürdige Gedanke, einen Pestherd neben sich schaffern zu
wolle, selbst aber von Ansteckung frei zu bleiben. Darüber
lache der böse Geist der Menschheit, der sich heute in den
Bolschewismus verkleidet habe. Die „Welt“ beurteile ihn
falsch, wenn sie ihn als örtliche Krankheitserscheinung an-
sähe. Er sei eine Krise des Industrialismus der Welt, viel-
leicht eine Krise unserer Kultur. Der gesunde, starke Sinn
des deutschen Volkes sträube sich gegen ein Zuendedenken
dieser Krankheit. Der Dawesplan soll ja angeblich ein
Werkzeug zur wirtschaftlichen Wiedergeburt Deutschlands
sein. Wenn das die Meinung aller Mitwirkenden gewesen
wäre, hätte man ihn ganz anders gemacht. Heute sieht der
Dawesplan so aus, daß er zwei Wege laufen kann.
Er kann einen Weg laufen, der beim Sturz
des Friedens von Versailles und der Ret-
tung der Welt endet. Der Dawesplan kann auch
einen andern Weg laufen, nämlich den der Befiege-
lung der Bolschewisierung Deutschlands.

Der Weichensteller in diesem kritischen Augenblick der
Weltgeschichte ist Amerika. Amerikas augenblicklicher Ver-
treter ist Parker Gilbert. Soll es in Zukunft in der Welt-
geschichte heißen: 1929 verurteilte Amerika, in Europa die
Sklaverei endgültig einzuführen? Das wäre auf die Dauer
trotz aller möglichen Wirtschaftsachverständigen der Welt ein
vergebliches Unterfangen. Es gibt solche Methoden nur für
Neger und Indianer. Als Angehöriger des sogenannten deut-
schen Bürgertums muß ich aber hinzufügen: Ich fürchte: Das
deutsche Volk wird bei der Befreiung in der einen oder an-
deren Form als den „Schuldigen“ die widerstrebenden Ange-
hörigen dieses Bürgertums aburteilen, das allzu sehr berech-
tend die großen Augenblicke seiner Geschichte nie verstanden
hat. Das deutsche Bürgertum muß für die Freiheit des Vol-
kes und für die Rettung der Zukunft und der eigenen Kinder
und Kindeskinder alle Kräfte einig und stark zusammenfassen.“

Bundesführer Selbte verkündet den Wortlaut des
Volksbegehrens.

Magdeburg. Auf dem Stahlhelmführer-Appell, der am
Sonntag rund 5000 Stahlhelmführer in der Magdeburger
Stadthalle versammelte, hielt der Stahlhelmführer Selbte
zwei Ansprachen. Unter stärkstem Beifall brachte er eine
Entschlieung zu dem Verrat der Groener-Denk-
schrift ein. In der Entschlieung heißt es u. a.: „Verrat
ist das gemeinste Verbrechen. Die offene Verhöhnung des
deutschen Volkes durch die Nuznießer des letzten Verrates
muß die Reichsregierung zwingen, die Verschärfung der
Strafbestimmungen gegen Landesverrat durchzuführen.“

Selbte verlas dann den

Wortlaut des Volksbegehrens,

in dem es u. a. heißt: „Die Führer des Stahlhelms, Bund
der Frontsoldaten, bitten die Bundesführung, ein Volks-
begehren auf Aenderung der Verfassung des
Deutschen Reiches bei der Reichsregierung zu bean-
tragen. Wir fordern Beseitigung der Allein-
herrschaft des Parlaments, Aufrichtung einer
starken Regierungsgewalt, die unabhängig von Interessen-
einflüssen ist und die Verantwortung für das Schicksal und
die Ehre des deutschen Volkes auf eigenen Schultern trägt.“
Sämtliche fünftausend Stahlhelmer unter-
zeichneten sofort diesen Antrag und stellten sich
damit hinter das Volksbegehren. An erster Stelle trug sich
der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha ein, an zweiter Prinz
August Wilhelm von Preußen. Der Antrag auf das Volks-
begehren wird noch in diesem Frühjahr, spätestens im Mai,
gestellt werden.

Zusammenbruch der Revolution in
Guatemala

London, 21. Januar. Die Revolution in Guate-
mala ist bereits wieder zusammengebrochen. Die Regierung-
struppen haben Sonntag mittig die Stadt Mazaltenango
besetzt, nachdem die weiße Flagge gehißt war. Dem Fall
von Mazaltenango ging ein schwerer Angriff der Regierung-
struppen im Laufe des Vormittags voraus, der mit der Ein-
nahme der vorgeschobenen Posten der Unruhrer endete. Die
Lage im ganzen Lande hat sich zugunsten der Regierung ge-
wendet. Von allen Seiten wird berichtet, daß die Revolu-
tionäre fliehen und die Verbände sich auflösen.

